

US-amerikanische Sichtweise auf die Verhandlungen zum iranischen Atomprogramm

DISKUSSION ZUM AKTUELLEN ABKOMMEN ZWISCHEN DEN E3+3 UND IRAN

Nach dem langjährigen Scheitern der Verhandlungen zum umstrittenen iranischen Atomprogramm zwischen den E3+3 (Deutschland, Frankreich und Großbritannien sowie der USA, Russland und China) und dem Iran ist im November 2013 in Genf eine vorläufige Einigung zwischen den Verhandlungspartnern erzielt worden. Aktuell findet in den USA eine politische Diskussion zu der Frage statt, inwiefern man von den Vereinbarungen dieses „Joint Agreements“ profitieren würde und welche Forderungen man in Bezug auf die weiterführenden Verhandlungen bis zum geplanten endgültigen Abschluss eines Abkommens im Juli 2014 stellen sollte. Auch die Diskussion im Iran wird aufmerksam verfolgt.

Seit 2002 bekannt geworden ist, dass der Iran ein geheimes Atomprogramm mit verdeckten, teils unterirdischen Anlagen zur Urananreicherung betreibt, herrscht weltweit große Sorge über die Absichten, die der Iran mit diesem Programm verfolgt. Der Iran selbst betont, dass sein Atomprogramm ausschließlich auf eine friedliche Nutzung ausgerichtet sei. Internationale Beobachter, einschließlich der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) befürchten jedoch, dass trotz des vorgeschenbten Verweises auf die nicht-militärische Nutzung der Atomenergie im Geheimen am Bau einer Atombombe gearbeitet wird. Im Verlauf der vergangenen zwölf Jahre, seit dem Bekanntwerden des iranischen Atom-

programms, haben verschiedene Verhandlungsrunden zwischen dem Iran und westlichen Regierungen stattgefunden. Ziel war die vorübergehende Einstellung des Programms sowie die Offenlegung aller Anlagen für Inspektoren der IAEO, mit dem Angebot, angereichertes Uran aus Drittstaaten wie Russland zu beziehen. Diese Verhandlungen führten jedoch zu keinem Ergebnis. Der 2005 zum iranischen Präsidenten gewählte Hardliner, Mahmud Ahmadinedschad, vergrößerte durch seine antisemitische Rhetorik die Bedenken der westlichen Verhandlungspartner sowie insbesondere Israels hinsichtlich einer atomaren Bewaffnung des Iran. Seit der Wahl des im Vergleich zu Ahmadinedschad gemäßigten ehemaligen Atomunterhändlers, Hassan Rohani, zum neuen iranischen Präsidenten im Juni 2013 werden in den USA neue Hoffnung auf ein Weiterkommen der Verhandlungen geschöpft. Tatsächlich gelang es bei Gesprächen zwischen Vertretern der E3+3 und des Iran im November 2013 in Genf, eine vorübergehende Einigung zu erzielen. Das nach diesen Verhandlungen unterzeichnete Abkommen sieht vor, dass der Iran sämtliche Urananreicherung auf über 5 Prozent für sechs Monate aussetzt und seine Anlagen von der IAEO überprüfen lässt, während der Westen dafür einen Teil der in verschiedenen Sanktionsrunden beschlossenen Handelsrestriktionen aufhebt. Für eine Energiegewinnung durch Atomkraft wird auf über 5 Prozent angereichertes Uran nicht benötigt. In den nächsten drei Monaten, bis zur Schließung eines endgültigen Abkommens,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

DR. LARS HÄNSEL
MARIUS WEIST

Februar 2014

www.kas.de/usa
www.kas.de
www.uspolitik.info

hat der Iran Zeit zu beweisen, dass er nicht an dem Bau einer Atombombe arbeitet. Nach Ablauf der sechs Monate soll im Juli 2014 eine endgültige Einigung gefunden werden – bis dahin sind monatliche Treffen der Verhandlungsführer vereinbart. Zudem sollen bisher eingefrorene Ölannahmen des Iran in Höhe von 4,2 Milliarden Dollar in sechs Tranchen transferiert werden. Die erste Rate über 550 Millionen Dollar wurde am 1. Februar 2014 freigegeben.

Diskussion zum Abkommen in den USA

In der US-amerikanischen Öffentlichkeit hat die Wahl Rohanis zum iranischen Präsidenten Hoffnungen geweckt, dass die iranische Politik in der Atomfrage künftig stärker von Rationalität, als wie bisher von ideologischen Motiven geprägt sein wird. Zudem hätten die Umwälzungen des Arabischen Frühlings die Stellung des Iran in der Nahost-Region geschwächt – so die Ansicht führender Experten wie Danielle Pletka vom *American Enterprise Institute* oder David Ignatius von der *Washington Post*. Daher sei, so Ignatius, eine Einigung möglich. Nachdem in den vergangenen Jahren vor allem aus konservativen Kreisen der US-Politik immer wieder eine militärische Lösung des Atomstreits gefordert worden war, wurde nun mit der aktuellen Vereinbarung eine Politik des Dialogs und der Entspannung gewählt – auch da eine reine Sanktionspolitik bisher nicht den gewünschten Erfolg erzielt hat. Aktuell erntet die Obama-Administration – vor allem US-Außenminister John Kerry – seitens des US-Kongress jedoch scharfe Kritik für seine Zustimmung zum Abkommen. Im Kongress werden besonders die Lockerungen der Sanktionen als großer Fehler ausgemacht, welcher dem Iran unnötig in die Karten spielen würde. Zudem gestehe das Abkommen nach Auslegung eines großen Teils des Kongress dem Iran erstmals ein offizielles Recht zur Urananreicherung zu – ein weiterer Grund für eine Ablehnung der Vereinbarung von Genf. Laut der Abgeordneten Ileana Ros-Lehtinen (Rep.-Fl.) sei die Messlatte für den Iran viel zu niedrig gelegt worden, sodass dieser sich in sechs Monaten vor der Welt für die Einhaltung minimaler Forderungen feiern lassen könne. Gerade im Hinblick

auf die aktuelle Rolle des Iran im Syrienkonflikt wäre eine Lockerung der Sanktionen ein kapitaler Fehler. Aus diesem Grund versuchen 59 Demokraten und Republikaner, unter ihnen einflussreiche Senatoren wie Bob Menendez (Dem.-N.J.) und Mark Kirk (Rep.-Ill.), im Kongress ein Gesetz zur Abstimmung zu bringen, welches neue Sanktionen für den Fall einer iranischen Nicht-Einhaltung des „Joint Agreements“ oder dem Ausbleiben einer endgültigen Einigung im Juli beschließen würde.

John Kerry hingegen verdeutlichte in einer Rede vor dem Auswärtigen Ausschuss Ende Januar 2014, dass der Beschluss neuer Sanktionen, selbst wenn diese erst nach der sechsmonatigen Frist, welche der Vertrag vorsieht, in Kraft treten würden, sämtliche Beschlüsse hinfällig machen und das Abkommen damit annullieren würde. Zudem dürfe man in Washington nicht den Eindruck erwecken, man glaube nicht an eine endgültige Einigung, da dies den Zusammenhalt der E3+3 gefährden und das gesamte Sanktionsgerüst damit zu Fall bringen könnte. Besonders gegenüber einer Akzeptanz weiterer Sanktionen seitens Russlands und Chinas äußerte Kerry Bedenken. Bezuglich der Kritik, das Abkommen gebe dem Iran eine schriftliche Erlaubnis zur Urananreicherung, stellte er fest, dass dieses Recht im Vertrag mehrfach begrenzt worden sei und „in Einklang mit praktischen Bedürfnissen“ stehe, welche im Iran nicht vorhanden seien. Auch Kerrys Vorgängerin Hillary Clinton betonte Ende Januar 2014 in einem Brief an den Vorsitzenden des Armed Services Committee, US-Senator Carl Levin (Dem.-Mich.), dass es wichtig sei, nicht voreilig neue Sanktionen zu beschließen, da ansonsten der Kongress der Vereinigten Staaten mit weltweiter Kritik rechnen müsse, sollten die Verhandlungen daraufhin scheitern.

Wahrnehmung der iranischen Debatte zum Abkommen in den USA

US-Senatoren wie Menendez, welche die Aussetzung von Sanktionen kritisieren, verweisen auf eine breite Front im Iran, die sich gegen das „Joint Agreement“ von Genf und eine mögliche endgültige Einigung mit den E3+3 ausspricht. Diese besteht zum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

DR. LARS HÄNSEL
MARIUS WEIST

Februar 2014

www.kas.de/usa
www.kas.de
www.uspolitik.info

großen Teil aus konservativen Politikern und Klerikern, hauptsächlich aus dem iranischen Parlament, welche befürchten, ihren Einfluss zu verlieren, sollte es zu einer Beilegung des Konfliktes kommen. Eine mögliche Einigung würde für sie zu einer Ideologie- und Legitimationskrise führen. Zudem zweifeln die Kritiker der Genfer Vereinbarungen an, dass die iranische Führung eine Beilegung des Atomkonfliktes zum Ziel habe. Sie argumentieren, dass viele Gruppen im Iran finanziell von den bestehenden Sanktionen profitieren würden – zu ihnen gehören auch die einflussreiche Revolutionsgarde, welche ein Schmuggelnetzwerk aufgebaut hätte, das bei einer Aufhebung der Sanktionen zusammenbrechen würde. Auch verschiedene iranische Unternehmen, die aktuell auf Grund mangelnder Konkurrenz eine Monopolstellung besitzen, würden ihre Rolle als Marktführer bei einer Öffnung des iranischen Marktes verlieren. Auch auf Grund des negativen Einflusses dieser Akteure erklärte US-Präsident Barack Obama Anfang Februar 2014, dass die Chance auf das Zustandekommen eines endgültigen Vertrages bei „nur“ 50 Prozent läge.

Den US-Unterhändlern ist bewusst, dass die positiven „weichen“ Folgen des aktuellen Abkommens für den Iran von mindestens ebenso wichtiger Bedeutung sind, wie die aktuell aufgehobenen Sanktionen. Diese „weichen“ Folgen bezeichnen vor allem sich bereits anbahnende wirtschaftliche Kontakte zwischen westlichen, allen voran europäischen, Firmen und dem Iran. Die Dynamik einer Aufbruchsstimmung, welche durch eine mögliche Öffnung des großen und konsumhungigen iranischen Marktes entsteht, lässt sich schwerer umkehren, als die bisherigen Lockerungen der Sanktionen. Diese Folgen des „Joint Agreements“ werden von den Befürwortern einer härteren diplomatischen Gangart besonders kritisiert.

Laut Matthew McInnis, Experte für US-Sicherheitspolitik im Nahen Osten des *American Enterprise Institute*, ergebe sich aus den gemeinsamen Interessen zwischen den USA und dem Iran eine Chance für die weiteren Verhandlungen. Beide fürchteten das Wiedererstarken von Al Qaida sowie das erneute Vordringen der Taliban in Afghanistan

nach dem Rückzug der US-amerikanischen Truppen. Ein positiver Einfluss auf die Atomverhandlungen wird in den USA dem iranischen Volk zugeschrieben, da angenommen wird, dass dieses eine Einigung begrüßen würde, da sie den Grundstein für eine umfassende politische Umstrukturierung des Iran darstellen könnte. Laut US-Medien würde eine diplomatische Beilegung des Atomkonfliktes die „Realisten“ um Rohani stärken und gleichzeitig die Hardliner schwächen.

Ausblick

Der aktuelle Verhandlungserfolg stellt einen bedeutenden Schritt hin zu einer möglichen Annäherung zwischen dem Iran und dem Westen, allen voran den USA, dar. Jedoch beinhalten die Verhandlungen bis zu einem endgültigen Abkommen – neben sicherheitspolitischen Interessen – eine weitere entscheidende Handlungsmotivation: das starke Prestigedenken der einzelnen Akteure, besonders des Iran. Ein weiteres Problem besteht darin, dass der Iran und die Vereinigten Staaten fundamental unterschiedliche Sichtweisen bezüglich eines akzeptablen Abkommens besitzen. Eine Argumentationslinie des Iran ist es, darauf zu verweisen, dass es Staaten, welche den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet haben, erlaubt ist, Uran zur Energieerzeugung anzureichern. Die Vereinigten Staaten betonen, dass im Falle des Iran „spezielle“ Schritte unternommen werden müssten, um die „friedlichen“ Absichten des Atomprogramms zu überprüfen. So dürfe dem Iran nur eine maximal 5%-Urananreicherung gestattet werden, sodass die „Breakout-Capability“, also die Zeit bis zum möglichen Bau einer Atombombe, bei über sechs Monaten läge. Hierfür müsste der Iran allerdings mehrere tausend seiner aktuell vorhandenen Zentrifugen außer Stand setzen und den umstrittenen Schwerwasserreaktor in Arak herunterfahren. Für eine mögliche Lösung des Konfliktes müsste die iranische Führung einsehen, dass für ihr Land auf Grund der aggressiven Rhetorik der vergangene Jahre sowie der bisherigen Verweigerung der Offenlegung des Atomprogramms besondere Kriterien gelten, so David Albright, Nuklearexperte und Gründer des *In-*

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

DR. LARS HÄNSEL
MARIUS WEIST

Februar 2014

www.kas.de/usa
www.kas.de
www.uspolitik.info

stituts für Wissenschaft und internationale Sicherheit (ISIS). Sollte dies der Fall sein, könnte eine Einigung im Atomkonflikt auch für weitere Politikfelder positive Folgen haben: Sie würde die Chancen einer möglichen Kooperation bei Bemühungen um eine Stabilisierung der iranischen Nachbarländer Afghanistan und Irak, der Bekämpfung extremistischer Gruppen im Nahen Osten sowie des Drogenhandels verbessern.

Ein Problem der weiteren Verhandlungen könnte die Stimmung in den arabischen Partnerländern der USA sein. Allen voran im sunnitischen Saudi-Arabien, dem größten Gegenspieler des schiitischen Iran im Nahen Osten, stößt das „Joint Agreement“ vom November 2013 auf herbe Kritik. Sollte der Iran in den Besitz einer Atomwaffe gelangen, würde dies nach Meinung des ehemaligen US-Botschafters Michael Gfoeller ein Wettrüsten in der Region nach sich ziehen. Die Bestimmungen des Genfer Abkommens würden von Saudi-Arabien als nicht weit genug gehend kritisiert, da diese dem Iran zu viele Zugeständnisse mache. Zudem befürchte Saudi-Arabien, bei einer Annäherung zwischen den USA und dem Iran ihre besondere Rolle als strategischer Partner der USA zu verlieren. Es gelte daher für die USA, seine sunnitischen Partner in der Region davon zu überzeugen, dass eine Einigung mit dem Iran keine Nachteile für ihren Einfluss in der Region bringen, sondern die Situation im Nahen Osten zu ihrem Vorteil stabilisieren würde, so Gfoeller.

Die Obama-Administration ist nach den Erfahrungen in Afghanistan und dem Irak sehr zurückhaltend, wenn es um neues militärisches Engagement geht. Eine Beilegung des Atomkonflikts könnte der Administration zudem dabei helfen, zum Ende ihrer Amtszeit einen großen Erfolg für die weltweite Sicherheit erreicht zu haben – ein Verdienst, welcher einen großen Teil der innen- und außenpolitischen Kritik der vergangenen Jahre in den Hintergrund rücken lassen könnte. Letztlich hat auch der Iran viel zu gewinnen, sollte er es schaffen, das Vertrauen der Weltgemeinschaft zurückzuerlangen. Anders als bei Nordkorea handelt es sich beim Iran um eine Kulturnation, dessen Volk, trotz nationalistischer und chauvinisti-

scher Tendenzen, eine hohe Bildung besitzt und sich - wie während der Proteste gegen die Wiederwahl Ahmadinedschads 2009 - nicht scheut, seine Ablehnung gegenüber den gegebenen Verhältnisse zum Ausdruck zu bringen.